

## Notizen

Johannes Paul II. verbrachte zum erstenmal einen einwöchigen Sommerurlaub außerhalb Roms und Castelgandolfo. Er begab sich Mitte Juli für eine Woche in das Gebiet von Cadore in den südöstlichen Dolomiten (Provinz Belluno). Er wohnte während dieser Zeit in der Sommerresidenz des Bischofs von Belluno in *Lorenzago di Cadore*. Der Papst unternahm von dort mit nur kleiner Begleitung und gut abgeschirmt mehrere mehrstündige Wanderungen. In Lorenzago traf der Papst an einem Abend mit etwa 300 Jugendlichen zusammen. Im *Visdente-Tal* sprach er vor Forstleuten – mit denen er im Freien auch zu Mittag aß – über die Verpflichtung der Christen zum Umweltschutz. Zu einem Gottesdienst in dem nahe an der österreichischen Grenze gelegenen *San Pietro di Cadore*, an dem an die 20 000 Gläubigen teilnahmen, waren auch zahlreiche Pilger aus Osttirol und Kärnten gekommen. Am Sonntag, dem 12. Juli, gedachte der Papst in *Fortegna di Longarone* der Opfer des Dammbrochs von Vaiont, bei dem 1963 ca. 2000 Menschen ums Leben kamen. In Fortegna war auch eine Delegation aus dem Trientiner *Stava-Tal* vertreten, wo 1985 ein Dammbroch über 100 Menschenleben gekostet hatte.

Der italienische Kassationsgerichtshof hat den Haftbefehl der Mailänder Staatsanwaltschaft gegen Erzbischof *Paul Marcinkus* und zwei seiner Mitarbeiter bei der Vatikanbank IOR (vgl. HK, April 1987, 155) – nachdem Gerichte in zwei Instanzen ihn bestätigt hatten – für ungültig erklärt. Das Kassationsgericht gab damit dem Urteil einer vatikanischen Kommission recht, die im Haftbefehl eine Einmischung in vatikanische Angelegenheiten sah. Ausschlaggebend dafür war Artikel 11 des Lateranvertrags, der jede Einmischung Italiens in Tätigkeiten zentraler Organe der Kirche verbietet. Die Vatikanbank IOR wird als solches zentrales Organ gewertet. Die Folge dieses Urteils: die Klärung des Ambrosiano-IOR-Skandals durch italienische Gerichte wird dadurch kaum erleichtert und Schuld oder Unschuld des vatikanischen Würdenträgers bleiben ungeklärt.

Am 6. Juli hat der Erzbischof von Genua, Kardinal *Giuseppe Siri*, im Alter von 81 Jahren auf sein Amt verzichtet. Johannes Paul II. ernannte den bisherigen, bereits 69jährigen Erzbischof von Cagliari (Sardinien), *Giovanni Canestri*, zu dessen Nachfolger. Mit Kardinal Siri scheidet nicht nur einer der am längsten regierenden Bischöfe – wie es hieß nicht ganz freiwillig – aus dem Amt (er war Erzbischof von Genua seit 1946 und seit 1953 Kardinal), sondern eine der bedeutendsten kirchlichen Persönlichkeiten Italiens.

Ganz Mann Pius' XII. und Kirchenfürst geistlicher Prägung, theologisch-geistlich unerschütterlich konservativ, sozial aufgeschlossen und bis in die letzte Zeit aktiv, galt er mehr oder weniger in allen Konkla-ven seit dem Tod Pius' XII. als möglicher Papstanwärter. Über lange Zeit war er wichtige Führungsfigur im italienischen Episkopat, den er allerdings nur kurze Zeit, von 1957–1962, auch als Konferenzvorsitzender leitete. Das II. Vatikanum ertrug er, wenn auch mit einigem Widerwillen, zu Paul VI. stand er in einer grundsätzlich loyalen, aber klaren Gegenposition. Sein Nachfolger, der aus der Seelsorge kommt und längere Zeit Weihbischof bzw. Koadjutor (Vicegerente) in der Diözese Rom war, gilt als volksnaher Seelsorgsbischof; er soll bereits seit längerer Zeit als Nachfolger Siris festgestanden haben.

Die *Deutsche Bischofskonferenz*, die sich auf der Frühjahrsvollversammlung 1987 grundsätzlich dafür entschieden hatte, an den vorläufigen Vorbereitungsarbeiten für eine *ökumenische Versammlung der Kirchen über Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung* (Friedenskonzil) mitzuwirken, hat nun diejenigen Personen benannt, die in dem von der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK)* gebildeten bundesrepublikanischen Vorbereitungskomitee mitwirken sollen. Es sind dies: der Bischof von Hildesheim, *Josef Homeyer*, der Leiter der Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, Prof. *Anton Rauscher*, der Schweizer Moraltheologe und Sozialethiker Prof. *Franz Furger* (Luzern/Münster), der Professor an der Bundeswehrhochschule in Hamburg und Leiter des von der deutschen Militärseelsorge getragenen Instituts für Theologie und Frieden, *Ernst-Josef Nagel*, der über lange Jahre führend in Pax Christi tätige Publizist und Justitia et Pax-Mitarbeiter, *Heinz-Theo Risse*, der Geschäftsführer des ZdK, *Vincens M. Lissek*, und der Bundesvorsitzende der BdkJ, *Lothar Harles*.

Heftige Kritik an seiner Partei hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, *Christoph Böhr*, geübt. In einem Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ warf Böhr der CDU vor, sie sei „konzeptionell ausgelaugt“ und habe keine eigene Vorstellungen für Politikfelder, mit denen insbesondere die Jugend angesprochen werden könne. Die Partei dümpel vor sich hin und versäume es, selbst den Kurs zu bestimmen. Zu den von der CDU besonders vernachlässigten Themen zählte Böhr: die Abrüstungs- und Menschenrechtspolitik, die entwicklungspolitischen Fragen und die Jugendpolitik. Der Vorsitzende der Jungen Union beklagte auch, daß die

Partei immer mehr hinter der Bundesregierung zurücktrete, anstatt ihr die Vorlagen zu geben.

Nach Ansicht des Weihbischofs *Helmut Krätzl* kann und darf es kein Zurück hinter die bahnbrechenden Weichenstellungen des Zweiten Vatikanischen Konzils geben. Die Öffnung der Kirche zur Welt, die Entwicklung hin zu einem selbständigeren Menschen und das neue Selbstverständnis der Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen dürfe nicht gebremst werden, meinte Krätzl bei einem Vortrag in Wien. Der auf das Konzil aufbauenden Moraltheologie gehe es nicht nur um die einzelne Handlung, sondern um die gesamte Gesinnung des Menschen. Diese Auffassung von Moral sei menschenwürdiger als diejenige, die auf jede Frage gleich eine vorgefertigte Antwort habe, verlange aber auch eine viel größere Selbstanstrengung. Krätzl ging in dem Zusammenhang auch auf die „verantwortete Elternschaft“ ein. In der Erklärung der Österreichischen Bischofskonferenz zu „*Humanae vitae*“ von 1968 werde ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Haltung, die sich von dem lehramtlichen Urteil der Enzyklika unterscheide, immer wieder eine gewissenhafte Prüfung verlange.

Der bayerische Landesbischof *Johannes Hanselmann* (60) wurde in Viborg (Dänemark) zum Vorsitzenden des Lutherischen Weltbundes (LWB) gewählt. Das Amt des Vorsitzenden war seit dem Tod des Vorgängers Hanselmanns, des ungarischen Bischofs Zoltán Káldy, vakant. Gewählt wurde Hanselmann vom Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes. Dem LWB gehören 104 Mitgliedskirchen an, die insgesamt ca. 55 Millionen Lutheraner repräsentieren.

Anfang Juli erschien in Polen (Warschau) zum erstenmal eine auf legalem Wege von privaten Eigentümern herausgegebene, bis dahin nur im Untergrund zirkulierende *unabhängige (nichtkirchliche) Zeitschrift*. Sie trägt den Titel „*Res publica*“ und versteht sich als intellektuelles Organ mit parteikritischer Ausrichtung, aber nicht als prinzipielles Oppositionsorgan. Daß der Spielraum der neuen Zeitschrift begrenzt ist, zeigte bereits die erste, in einer Auflage von 25 000 erschienene Ausgabe, wo deutlich die Zensur eingegriffen hatte. Es durften z. B. keine Rezensionen regimekritischer Emigranten veröffentlicht werden. Indessen blieb ein Interview mit *Andrej Sacharow* unbeanstandet.

Beilagenhinweis  
Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Kösel-Verlages, München, und des Verlages Herder, Freiburg, bei.